

# Entwurf für ein neues Parteiprogramm

Von Hans-Jürg Fehr

Schaffhausen, 20. Januar 2010

## **Einleitung**

### **Kapitel**

- I. Die Zeit, in der wir leben**
- II. Lebensqualität und Nachhaltigkeit**
- III. Gerechtigkeit - Gleichheit – Solidarität**
- IV. Sicherheit**
- V. Demokratie**
- VI. Staat**
- VII. Markt**
- VIII. Service public**
- IX. Arbeit**
- X. Bildung**
- XI. Technologie**
- XII. Umwelt**
- XIII. Integration**
- XIV. Die Schweiz in Europa**
- XV. Die Schweiz in der Welt**
- XVI. Unsere Vision - Wirtschaftsdemokratie**

## Einleitung

Dieses Parteiprogramm besteht aus vier Teilen. Nach dem Einstieg mit der „Zeit, in der wir leben“ folgen die Kapitel II bis V zu den zentralen Werten der Sozialdemokratie. Das sind die Fixsterne, nach denen sich die Sozialdemokratie weltweit und seit es sie gibt ausrichtet. Es folgen die Kapitel VI bis VIII zu drei zentralen Begriffen im Spannungsfeld Politik und Wirtschaft. In der zweiten Hälfte des Programms folgen jene Politikbereiche, die unserer Meinung nach die wichtigsten der kommenden Jahre und Jahrzehnte sein werden (Kapitel IX – XV). Den Abschluss bildet der visionäre Teil, der sich mit dem Kapitalismus, seiner Überwindung und der von uns angestrebten anderen Wirtschaftsordnung beschäftigt. Die Wirtschaftsdemokratie ist als Vision eine Konstante, die sich in allen Programmen der SP Schweiz findet. Wir spinnen diesen Faden weiter, verknüpfen ihn aber zugleich mit einer Reihe von bereits existierenden Realitäten, die die kommende Wirtschaftsdemokratie in gewissen Bereichen und auf gewisse Art und Weise vorweg nehmen. Unsere Vision ist also geerdet und hat schon Wurzeln geschlagen.

Die einzelnen Kapitel gleichen sich in ihrem Aufbau: Sie beginnen mit einem grundsätzlichen Positionsbezug und enden mit den zentralen Herausforderungen, vor die wir uns gestellt sehen. Diese „Herausforderungen“ sind die Quintessenz aus der ersten Phase der Erarbeitung des neuen Parteiprogramms, der „Klarheit in der Analyse“ anstrebte. Sie beschreiben den zukünftigen Reformbedarf und benennen die Handlungsfelder für sozialdemokratische Politik. Sie sind in ihrer Mehrheit bewusst allgemein gehalten, weil hier lediglich der programmatische Boden gelegt wird für eine praktische Politik, die daraus entwickelt werden muss.

Dieser Text beruht auf Vorarbeiten, die in den letzten fünf Jahren im Hinblick auf ein neues Parteiprogramm geleistet worden sind. Ich danke jenen Personen, die dazu relevante Beiträge geliefert haben: Willy Spieler, Armin Jans, Nenad Stojanovic, Thomas Christen, Andreas Rickenbacher und Julia Gerber Rüegg.

Schaffhausen, im Januar 2010 / Hans-Jürg Fehr

## **I. Die Zeit, in der wir leben**

Die Zeit, in der wir leben, ist geprägt durch zwei historisch höchst bedeutsame Entwicklungen ausserhalb der Schweiz, aber mit grösstem Einfluss auf sie: Die Globalisierung der Welt und die Europäisierung Europas.

Die Globalisierung der letzten Jahrzehnte ist primär zu verstehen als Öffnung von Märkten, als weltweite Arbeitsteilung, als weltweiter Arbeitsmarkt, als Welthandel. Die treibende Kraft war das Finanzkapital, dessen Bewegungsdrang und Renditejagd heute kaum noch Grenzen entgegen stehen. Die wirtschaftliche Globalisierung hat ein Ausmass und eine Dynamik angenommen, die sogar jene des imperialistischen 19. Jahrhunderts übertreffen. Sie wurde ermöglicht durch die neuen Informations- und Kommunikations-Technologien. Sie wurde erleichtert durch den Übergang der ehemals kommunistischen Staaten Osteuropas und Chinas zu kapitalistischen Marktwirtschaften, und sie wurde bewusst vorangetrieben durch die Regierungen mächtiger westlicher Staaten (USA, GB), die sich ganz der neoliberalen Ideologie des Staatsabbaus und der Marktgläubigkeit mit ihrer heiligen Dreifaltigkeit Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung verschrieben hatten. Die Globalisierung wird aber auch von den Regierungen mächtiger asiatischer Staaten wie China vorangetrieben, die eine autoritäre, undemokratische politische Ordnung mit einer ultraliberalen Wirtschaftsordnung verbinden.

Die Entwicklung zu Weltmärkten bevorzugt international tätige Finanz- und Industriekonzerne, die sich nationalstaatlichen Regulierungen zu entziehen vermögen ohne sich internationalen unterziehen zu müssen. Globalisierung ist deshalb auch verbunden mit einem enormen Machtzuwachs transnationaler Unternehmen und einem Machtverlust der demokratischen Nationalstaaten. Sie werden in einen Standort- und Steuerwettbewerb getrieben, der im wesentlichen zu Lasten des Sozialstaates und zu Gunsten der besitzenden Klassen geführt wird.

Globalisierung macht vielen Menschen Angst, weil sie ihre negativen Folgen tragen müssen - selbst in den Gewinner-Ländern wie der Schweiz: Betriebe wandern aus, Arbeitsverhältnisse werden prekär, der Anpassungs- und Leistungsdruck nimmt zu. Viele fürchten, den Anschluss zu verpassen. Die Armut wächst ebenso wie die Kluft zwischen Arm und Reich. Der politische Druck auf den Sozialstaat nimmt zu, geht über in Sozialabbau und damit werden die gesellschaftlichen Probleme verschärft statt entschärft.

Der globalisierungsbedingte Machtverlust der Nationalstaaten und Wirkungsverlust der Sozialstaaten lässt sich nur kompensieren durch den Aufbau und die Stärkung internationaler staatlicher Institutionen. Die Globalisierung der Staatlichkeit hat bisher aber bei weitem nicht Schritt gehalten mit der Globalisierung der Märkte; sie hat sich nur dort wirklich weiter entwickelt, wo staatliche Institutionen in den Dienst der ökonomischen Globalisierung gestellt wurden: Welthandelsorganisation WTO, Internationaler Währungsfonds IWF und

Weltbank. Die UNO dagegen hat ihren Einfluss nicht wirklich ausdehnen können. Institutionen, die marktlenkend wirken könnten wie die Internationale Arbeitsorganisation IAO fristen weiterhin ein Schattendasein; multilaterale Instrumente zum Klimaschutz wie das Kyoto-Protokoll oder zum Kampf gegen die Armut wie die Millenniums-Entwicklungsziele-Ziele MDG erweisen sich als nicht durchschlagsfähig. Die UNO selbst kommt mit notwendigen Reformen wie dem Umbau des Sicherheitsrates nicht vom Fleck.

Die Globalisierung ist kein Vorgang, den wir prinzipiell ablehnen, denn sie hat viele Gesichter. Immer stellt sich die Frage, welche Globalisierung gemeint sei - diejenige der Ausbeutung von Mensch und Natur oder diejenige der Solidarität. Was wir nicht akzeptieren, ist die an den Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts erinnernde Variante der wirtschaftlichen Globalisierung, die in den letzten Jahrzehnten unter Führung des Finanzkapitals die Verhältnisse und die Globalisierungsdiskussionen dominiert hat. Was wir ablehnen ist die kapitalistische Globalisierung, sind die totalen globalen Marktöffnungen, die sich allen staatlichen Regulierungen entziehen und enorme soziale und ökologische Schäden anrichten.

Dennoch halten wir mit Nachdruck fest: Es gibt auch die Globalisierung der Menschenrechte. Es gibt die Etablierung des Völkerrechts. Sie haben weltweite Gültigkeit erlangt, was aus unserer Sicht einen grossen Fortschritt bedeutet, auch wenn wir nicht übersehen, dass Menschenrechtsverletzungen und Verstösse gegen Völkerrecht noch sehr häufig vorkommen. Es gibt die Globalisierung der Kommunikation mit Hilfe des Internets und anderer digitalisierter weltweiter Plattformen. Sie ist wegen ihrer technologisch vielfältigen Anwendbarkeit ambivalent, darf aber nicht nur unter dem Blickwinkel ihrer Anwendung auf den Finanzmärkten beurteilt werden. Die Informations- und Kommunikationstechnologien haben kommunikative, teilweise sogar subversive Qualitäten, die wir positiv beurteilen. Ebenso ambivalent ist die Globalisierung der Kulturen in Verbindung mit diesen neuen Technologien, aber auch als Folge der internationalen Migrationsströme. Das Fremde rückt näher und nicht selten so nahe, dass es vielen Menschen Angst macht. Wo die Angst vor dem Fremden das Gefühl der multikulturellen Bereicherung überwiegt, wachsen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, entstehen soziale Konflikte mit einem erheblichen Gewaltpotenzial und mit einer erheblichen gesellschaftlichen Sprengkraft.

Das 21. Jahrhundert kann zum Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe, tiefgreifender Naturveränderungen und entfesselter Gewalt werden, dann nämlich, wenn die wirtschaftliche Globalisierung bloss eine weltweite Marktöffnung bleibt und die absehbaren Folgen des Klimawandels nicht gemildert und korrigiert werden. Ein wachsender Teil der Weltbevölkerung leidet bereits an den Folgen der Erderwärmung, unter Wüstenbildung und Wasserknappheit. Menschen aus ökologisch und ökonomisch gefährdeten Regionen drängen darum immer stärker in die weniger gefährdeten Teile der Welt. Den Klimawandel zu

begrenzen und aufzuhalten ist eine der zentralen Herausforderungen im 21. Jahrhundert.

Das 21. Jahrhundert kann aber auch ein Jahrhundert des sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritts für den grössten Teil der Menschheit werden, dann nämlich, wenn es gelingt, die Globalisierung politisch zu gestalten, sie auf Sozial- und Umweltverträglichkeit hin auszurichten, wenn wir es schaffen, ihr den Kampf gegen Hunger, Armut, Seuchen, Analphabetismus und Naturzerstörung zur Aufgabe zu machen. Wie die nachhaltige Globalisierung gestaltet werden müsste, zeigt das Beispiel der Europäisierung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Europäisierung Europas in Gestalt und unter Führung der Europäischen Union ist neben der Globalisierung für die Schweiz und damit auch für die SP Schweiz die zweite entscheidende Rahmenbedingung für politisches Handeln innerhalb und ausserhalb der Landesgrenzen. Die EU ist zwar ebenfalls ein Binnenmarkt, aber sie ist eben Entscheidendes mehr, nämlich ein Staatenbund, der diesen Binnenmarkt mit seinen vier grossen Freiheiten des Personen- Waren - Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs politisch gestaltet. Die EU ist - vereinfacht gesagt - die Übernahme des Gesellschaftsmodells, das in den west- und nordeuropäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert worden ist und dem Zeitalter das Adjektiv „sozialdemokratisch“ eingetragen hat. Gemeint ist damit die Abkehr vom liberalen Kapitalismus im Dienste der besitzenden bürgerlichen Klasse hin zu einer vom demokratischen Staat in den Dienst auch der arbeitenden, lohnabhängigen Bevölkerung gestellten sozialen Marktwirtschaft. Gemeint ist damit das Zeitalter des Wachstums an Wohlstand für alle, an Demokratie, an Service public und an sozialer Gerechtigkeit. An dieses Modell kann und sollte angeknüpft werden, wenn es gilt, die in Gang gekommene Globalisierung auf den Weg der Nachhaltigkeit zu bringen und auf das Ziel der Gerechtigkeit und der Solidarität hin auszurichten.

Die Sozialdemokratie ist seit ihren Anfängen eine international ausgerichtete und organisierte Parteien-Familie. Sie hat dem Nationalismus immer misstraut - zu Recht wie die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts beweist. Diese erreichte mit den beiden Weltkriegen und dem Holocaust ihren nationalistisch und rassistisch gesteuerten und befeuerten absoluten Tiefpunkt. Europa erreichte danach aber auch die seit Jahrhunderten längste Phase friedlichen Zusammenlebens, dank der EU als den Nationalismus hinter sich lassende Friedensmacht. Die Europäisierung Europas und die Globalisierung der Welt sind daher transnationale Entwicklungen, die dem Charakter der Sozialdemokratie strategisch entsprechen.

Die ökonomischen, kulturellen und politischen Verflechtungen sind in den letzten Jahrzehnten sehr wichtig geworden und werden zukünftig noch an Bedeutung hinzu gewinnen. Die nationale Grenze ist als Rahmen für politisches Handeln löchrig geworden und eignet sich nicht für die Lösung der grossen Probleme mit ihren internationalen Dimensionen: Klimawandel, Migrationsbewegungen,

Warenhandel und Kapitalverkehr, Massenkommunikation, Kooperationen im Bereich der Wissenschaften, Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte, Krieg und Frieden. Mehr als je zuvor muss sich sozialdemokratische Politik international orientieren und einbringen.

Dennoch bleibt der Nationalstaat ein zentraler politischer Handlungsraum. Das gilt vor allem für die Schweiz, die noch nicht der Europäischen Union angehört. Sie hat ihre Position als einer der weltweit führenden Finanzplätze, als Land mit Spitzenforschung und Spitzentechnologie, mit hochqualifizierter Arbeitnehmerschaft, als Volkswirtschaft mit extremer Exportorientierung, als Einwanderungsland, als Sozialstaat, als direkte und föderalistische Demokratie im grossen Ganzen behaupten können. Die internationalen Megatrends zeigen sich auch in der Schweiz: Der grassierende Neoliberalismus, der sich in einer dramatischen Kräfteverschiebung innerhalb des bürgerlichen Lagers zu Gunsten der nationalkonservativen Rechten manifestierte; die Rückkehr des Shareholder-Values und der von ihm ausgehenden extremen Renditeorientierung des Kapitals; die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich; der Frontalangriff auf den Sozialstaat; die steigende Zuwanderung und ihre populistische Bewirtschaftung zu Lasten der SP; die politische Öffnung des Landes nach aussen, sichtbar geworden im UNO-Beitritt und in den bilateralen Verträgen mit der EU.

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder mit einer der wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften, einem der besten Bildungssysteme, gut ausgebauten sozialen Sicherungssystemen und einer reifen politischen Demokratie geblieben. In diesem Sinne ist sie viel grösser, stärker und einflussreicher als es ihrer Fläche und Bevölkerungszahl entsprechen würde. Dennoch hat ihre internationale Reputation gelitten und ist ihr Selbstverständnis brüchig geworden. Tragende Säulen des „Nationalstolzes“ sind weggebrochen oder wackeln: Die Swissair gibt es nicht mehr; das Bankgeheimnis ist gegenüber dem Ausland aufgehoben; die grösste Bank wird vom mächtigsten Land der Welt krimineller Machenschaften überführt; die Armee löst eher Spott aus als Stolz; die vielbeschworene Unabhängigkeit erweist sich angesichts des alltäglichen „autonomen Nachvollzugs“ von europäischem Recht als Mythos. Unser Land isoliert sich unter bürgerlicher Führung zunehmend in Europa und macht sich diejenigen zum Gegner, die seine besten Partner sein könnten und sein sollten.

## II. Lebensqualität und Nachhaltigkeit

Das Ziel von sozialdemokratischer Politik heisst: Möglichst viel Lebensqualität für möglichst viele Menschen innerhalb und ausserhalb der eigenen Landesgrenzen.

Der Weg zu diesem Ziel heisst Nachhaltigkeit. Sie ist das einzig verantwortbare Grundprinzip politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns im 21. Jahrhundert.

Nachhaltigkeit bedeutet:

- Den Vorrang der Kurzfristigkeit durch den Vorrang der Langfristigkeit ersetzen.
- Die Dominanz der kapitalistisch-betriebswirtschaftlichen Logik durch die sozialökologisch-volkswirtschaftliche ersetzen.
- Die Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren stellen.
- Den Vorrang der demokratischen Politik über den Gestaltungsanspruch der Märkte sichern.
- Die Politik von der Idee einer gerechten Gesellschaft in intakter Natur her konzipieren.

Die Sozialdemokratie hat sich immer als Fortschrittspartei verstanden, als Partei, die gesellschaftliche Veränderungen anstrebte, die von der arbeitenden Bevölkerung als Verbesserungen empfunden werden konnten: Mehr Wohlstand, mehr Freizeit, mehr soziale Sicherheit, mehr Teilhabe am kulturellen Leben, mehr Demokratie. Veränderungen, die einen Zuwachs an Lebensqualität erzeugen, erachten wir weiterhin als Fortschritte; der Massstab, den wir ansetzen, ist aber differenzierter geworden. Wir bewerten nicht nur die Resultate, sondern auch die Kosten - die sozialen und die ökologischen.

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist zwar das gängige Mass für wirtschaftliches Wachstum, aber es ist kein Mass für Fortschritt, denn es berücksichtigt weder die Verteilung des Wohlstandes noch den Verbrauch natürlicher Ressourcen.

Fortschritt muss am Ziel Lebensqualität und an der Methode Nachhaltigkeit gemessen werden. Tauglichere Fortschrittsmesser als das BIP sind deshalb der „ökologische Fussabdruck“, der von der UNO angewendete „Index der menschlichen Entwicklung“ HDI oder der von der OECD entwickelte Index SISEW (short indicators of sustainable economic welfare).

***Herausforderungen***

1. Es ist notwendig, von der rein ökonomischen Sichtweise auf die gesellschaftliche Entwicklung weg zu kommen. Wir wollen darauf hinarbeiten, dass das BIP als Mass aller Dinge abgelöst wird durch Indikatoren, die Lebensqualität und Nachhaltigkeit messen.

### **III. Gerechtigkeit - Gleichheit - Solidarität**

Gerechtigkeit ist der zentrale Wert der Sozialdemokratie. Er ist untrennbar verbunden mit den zwei anderen wichtigen Werten Solidarität und Gleichheit. Er beruht auf der grundlegenden Überzeugung, dass allen Menschen die gleichen Lebenschancen zustehen sollen. Er gründet aber auch im Wissen, dass die real existierenden Zustände überall, wenn auch nicht überall im gleichen Ausmass, von gerechten Zuständen weit entfernt sind. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist die Geschichte des Kampfes um Gerechtigkeit.

Die Sozialdemokratie teilt nicht das bürgerliche Dogma, wonach „jeder seines Glückes eigener Schmied“ sei. Was alle Menschen teilen, ist der Wunsch und das Streben nach persönlichem Glück und Wohlergehen; was sie aber nicht gemeinsam haben, ist die Ausgangsposition, um dieses Ziel zu erreichen. Die Ausgangspositionen liegen vielmehr extrem weit auseinander. Das gilt innerhalb der eigenen Gesellschaft, es gilt erst recht im internationalen Vergleich. Sozialdemokratische Politik setzt an diesem Punkt an: Dafür sorgen, dass auch Menschen mit schlechter Ausgangsposition auf einen grünen Zweig kommen können und nicht ein Leben lang dort verharren müssen, wo sie der Zufall der Geburt in die Welt gesetzt hat. Darum setzt sich die SP immer und überall für die Benachteiligten ein.

Das Bürgertum hat vom revolutionären Dreigestirn der Aufklärung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ nur die Freiheit zu seinem Projekt gemacht und darunter erst noch bloss die Freiheit der Besitzenden verstanden. Die Sozialdemokratie hat im 20. Jahrhundert mit den beiden anderen Werten ernst gemacht und tut es noch immer. Gleichheit heisst in unserem Verständnis sowohl gleiche Rechte als auch tatsächliche gesellschaftliche Gleichstellung der Individuen. Jeder Mensch soll unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Rasse, seiner religiösen und sexuellen Orientierung, seiner Herkunft und Nationalität die gleichen Lebenschancen haben. Gleichheit ist in unserem Verständnis also gerade das Gegenteil von Gleichmacherei; sie ist vielmehr die Voraussetzung dafür, dass sich die Verschiedenartigkeit der Menschen und die Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppierungen entfalten können und nicht durch Diskriminierungen behindert werden. Wir beziehen Gleichheit auch auf die Freiheit: Nur wenn es in einer Gesellschaft die Gleichheit an Freiheiten gibt, handelt es sich um eine freiheitliche Gesellschaft.

Solidarität ist die wichtigste Handlungsmaxime für die SP. Wir verstehen darunter jede Form von Politik (und auch von persönlichem Verhalten), die auf die möglichst gerechte Verteilung von Gütern, Diensten, Macht, Wohlstand und Lebenschancen auf alle Menschen abzielt. Solidarisches Handeln ist also immer auf den Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit ausgerichtet. Solidarische Politik bedeutet Umverteilung, verstanden als Korrektur von bestehenden ungerechten Verteilungen, als Beseitigung oder Verminderung von Benachteiligungen, als bewusste Parteinahme für die Unterdrückten, Ausgebeuteten, sozial Schwachen und für die Natur. Für die SP gibt es drei zentrale Solidaritäten: Solidarität in der

eigenen Gesellschaft, internationale Solidarität und Solidarität mit den Nachgeborenen.

### ***Herausforderungen***

1. Das akuteste Gerechtigkeitsdefizit in der Schweiz besteht bei der Finanzierung der Krankenversicherung nach Kopfprämien. Sie ist durch eine einkommensabhängige Finanzierung zu ersetzen wie das bei den anderen wichtigen Sozialwerken auch der Fall ist.
2. Ein chronisches Gerechtigkeitsproblem besteht bei der extrem ungleichen Verteilung der Einkommen und Vermögen auf die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten. Das Problem hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten verschärft indem die Schere zwischen arm und reich, zwischen unten und oben sich weiter öffnete. Die SP will diesen Trend in sein Gegenteil kehren.
3. Bezüglich Gleichstellung der Geschlechter erkennen wir Reformbedarf bei der Durchsetzung der Lohngleichheit zwischen Mann und Frau, bei der Behebung der Untervertretung der Frauen in Unternehmensleitungen und staatlichen Führungspositionen sowie bei der Behebung der Untervertretung der Männer in der Familienarbeit. Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.
4. Von der Chancengleichheit im Bildungswesen sind wir noch weit entfernt. Die soziale Herkunft bestimmt massgebender den Zugang zu den Bildungsgängen als die persönlichen Fähigkeiten und Neigungen. Bildungsnähe und Bildungsferne werden „vererbt“. Die schichtspezifischen Hindernisse, die der Chancengleichheit entgegen stehen, müssen beseitigt werden.
5. Die Zahl der Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, nimmt zu. Die SP will sozial benachteiligten Gruppen durch gezielte Fördermassnahmen beistehen und Ausgrenzungen jeglicher Art bekämpfen. Der Solidarität bedürfen insbesondere Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, Arbeitslose, Alleinerziehende, Menschen mit Bildungsrückständen, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen und Migranten.
6. Unsere internationale Solidarität gilt in erster Linie den von Armut, Hunger, Krankheit, Analphabetentum und Krieg gebeutelten Menschen in der Dritten Welt. Wir unterstützen die Millenniums-Entwicklungsziele der UNO und setzen uns dafür ein, dass die Schweiz diese Ziele übernimmt.
7. Internationale Solidarität darf sich nicht in Entwicklungszusammenarbeit erschöpfen, sie muss sich auch in einer Neuausrichtung von Handel und Kapitalverkehr zwischen der Schweiz und den Entwicklungsländern

niederschlagen. Notwendig ist insbesondere die Verankerung von sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Mindeststandards in den Freihandelsabkommen sowie die entschlossene Bekämpfung der Steuerflucht. Wir wollen fairen Handel nicht freien.

8. Für die SP ist es wichtig, Solidarität nicht nur politisch, sondern auch praktisch zu üben. Sie ist Mit-Gründerin und Mit-Trägerin des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks und unterstützt dieses bei seine Projekten und Programmen in der Schweiz und in der Dritten Welt. Sie gründen auf der Strategie „Arbeit gegen Armut“.
9. Solidarität mit den Nachgeborenen bedeutet ein entschlossenes Engagement für den Schutz der natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen, damit kommende Generationen die gleichen oder gar bessere Lebenschancen haben wie die heute lebenden. Deshalb will die SP den ökologischen Umbau der Wirtschaft, einen international abgestimmten Klimaschutz mit ehrgeizigen Zielen, den Ausstieg aus der Atomenergie, umweltschonende Verkehrssysteme, eine biologische Landwirtschaft, die Ressourcen schonende Nutzung der Rohstoffe und eine ökologisch orientierte Raumplanung.

## **IV. Sicherheit**

Es gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen, sein Leben in Sicherheit verbringen zu können, und es gehört zu den Grundaufgaben des Staates, für diese Sicherheit zu sorgen.

Die SP versteht unter Sicherheit in erster Linie die soziale Sicherheit. Das heisst: Mit gut bezahlter Arbeit seinen eigenen Lebensunterhalt und denjenigen der eigenen Kinder bestreiten zu können. Untrennbar damit verbunden ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Da die Wirtschaft diese existenziell wichtigen Sicherheiten auf Arbeit und anständige Entlohnung nicht jederzeit garantieren kann, braucht es sozialstaatliche Einrichtungen, die im Falle des Erwerbsausfalls mit Lohnersatz einspringen können. Das sind in erster Linie die Sozialversicherungen bei Invalidität, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit und Alter, in zweiter Linie die Sozialhilfe, falls die Sozialversicherungen nicht genügen oder nicht zuständig sind.

Die Sozialdemokratie rechnet sich den Aufbau des schweizerischen Sozialstaates in der Nachkriegszeit als ihre grösste historische Leistung an. Sie ist gewillt, die Leistungen der Sozialwerke zu erhalten und - wo nötig - auszubauen, weil sie weiss, dass die Menschen nur dann wirklich frei sind und nur dann ihre Fähigkeiten und Neigungen ausleben können, wenn ihnen soziale Sicherheit garantiert ist.

In zweiter Linie verstehen wir unter Sicherheit den Schutz der Bevölkerung

- vor natürlichen und technischen Grossrisiken wie sie etwa von Umweltkatastrophen, Atomkraftwerken, Pandemien oder grossräumigen Computerabstürzen ausgehen können;
- vor kollektiver Gewalteinwirkung durch militärische oder terroristische Attacken
- sowie den Schutz des Einzelnen vor kriminellen Handlungen, die gegen seine Person oder sein Eigentum gerichtet sind.

Den besten Schutz vor solchen Risiken bieten präventive Massnahmen wie Klimaschutz, Verzicht auf zu gefährliche Technologien, militärische Abrüstung, strenge Waffengesetze und medizinische Vorsorgeplanungen. Notwendig sind aber auch der polizeiliche Schutz im akuten Bedrohungsfall und der militärische Schutz vor den verbliebenen Risiken, die nur militärisch abgewehrt werden können.

### ***Herausforderungen***

1. Die sozialen Sicherungssysteme müssen auf die demografischen Entwicklungen ausgerichtet werden. Von Bedeutung sind dabei insbesondere

- das Verhältnis von Erwerbstätigen und Pensionierten, das sich ungünstig entwickelt;
- die Aufteilung der Pensionierten in die „jungen Alten“ mit intakter Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft sowie die „kranken Alten“ mit grosser Pflegebedürftigkeit;
- die Gliederung der Gesellschaft in einen Familien- und Nichtfamiliensektor mit stark unterschiedlichen Ansprüchen an den Sozialstaat (z. B. Familienförderung versus ausserfamiliäre Betagtenhilfe).

2. Arbeitswillige, die wenig qualifiziert und/oder behindert sind, tragen erhöhte Risiken, aus dem Arbeitsmarkt entfernt oder gar nicht erst zu ihm zugelassen zu werden. Es braucht Anreizsysteme, die dieser Ausgrenzung den Riegel schieben..

3. Der Sozialstaat muss sich politisch wie finanziell gegen einen unregulierten internationalen Standort- Steuer- und Kostenwettbewerb behaupten.

4. Der informelle Sektor (die gemeinschaftsbezogene Freiwilligenarbeit) ist wegen des Wandels sozialer Lebensformen unter Druck geraten und läuft Gefahr, seine Funktion als wichtige Stütze der sozialen Sicherheit nicht mehr im bisherigen Ausmass wahrnehmen zu können.

5. Die allgemeine Wehrpflicht ist überholt und führt zu einer personell massiv überdotierten Armee, während der informelle Sektor auf Grund der absehbaren gesellschaftlichen Entwicklungen stark gefährdet ist. Die Lösung für beide Probleme sehen wir in einem freiwilligen Zivildienst, der die Freiwilligenarbeit stärkt und die Armee von der Aufgabe befreit, alle jungen Männer zu Soldaten ausbilden zu müssen.

6. Organisation und Strukturierung der Sozialversicherungssysteme sowie deren Abstimmung aufeinander sind zu kompliziert, teilweise ineffizient und undurchschaubar geworden. Anzustreben sind die Zusammenfassung aller auf temporären Erwerbsausfall ausgerichteten Versicherungen in einer einzigen allgemeinen Erwerbsversicherung, eine Gewichtsverlagerung von den Pensionskassen auf die AHV und die Einführung eines garantierten Mindesteinkommens.

7. Die Politik der bewaffneten Neutralität mit ihrer überdotierten Armee ist zu ersetzen durch einen risikogerechten Bevölkerungsschutz. Dabei ist auf internationale Kooperationen besonderer Wert zu legen, insbesondere beim Kampf gegen die organisierte Wirtschaftskriminalität und den Terrorismus.

## V. Demokratie

Der demokratisch verfasste Staat gehört für die SP zu den unverzichtbaren und zentral wichtigen Bestandteilen einer guten Gesellschaft. Wir halten die direkte Demokratie, wie sie sich in den ersten 150 Jahren des Bundesstaates herausgebildet und etabliert hat, für die der Schweiz angemessene Herrschaftsform. Wir verteidigen sie gegenüber jenen, die sie als ineffizient, langsam oder gar zukunftsuntauglich bezeichnen. Die direkte Demokratie ist der parlamentarischen überlegen, weil der Souverän seine Macht nicht nur durch die Wahl des Parlaments ausüben kann, sondern immer wieder auch in Form von Sachentscheiden.

So wichtig die demokratische Staatsform für uns ist, so wichtig ist es auch, ihre Grenzen zu benennen, denn auch das Volk darf nicht alles. Demokratie findet ihre Grenzen im übergeordneten Recht, also in den Menschenrechten und im Völkerrecht, auf kantonaler Ebene zusätzlich im Bundesrecht.

Das Prinzip Demokratie muss auch in den zivilgesellschaftlichen Organisationen (Verbände, Kirchen, Vereine, Parteien) Anwendung finden, in angemessener Weise auch in den Schulen, wo Demokratie gelernt und eingeübt werden soll.

Die Globalisierung führt zu einem ständigen Bedeutungszuwachs der internationalen Organisationen. Diese sind in der Regel auf der exekutiven Ebene angesiedelt und somit demokratisch eher schwach abgestützt. Die wichtigsten Institutionen dieser Art (UNO, WTO, IWF, ILO) werden in Zukunft vermehrt bisher nationalstaatliche Kompetenzen übertragen bekommen, das heisst, aus dem demokratisch besser ausgestatteten Souveränitätsbereich der Nationalstaaten in den weniger gut ausgestatteten der globalen Institutionen wechseln. Daraus ergibt sich nach unserer Meinung zwingend ein Demokratisierungsbedarf bei den internationalen Organisationen.

Die Betriebe, vor allem die Grossunternehmen und Konzerne, sind gesellschaftliche Machtfaktoren. Internationale Konzerne entziehen sich einerseits zunehmend nationalstaatlichen Regulierungen, üben andererseits mit ihrer „Drohmacht“ (Wegzug von Arbeitsplätzen und Steuern) Druck auf die Staaten aus und unterlaufen so deren demokratische Gesetzgebung.

Die Sozialdemokratie hat sich nie mit der Demokratisierung der Staatsmacht zufrieden gegeben, sondern setzt sich seit ihrer Gründung auch für die Demokratisierung der Wirtschaftsmacht ein. Wirtschaftsmacht gründet bisher allein auf Kapitalbesitz, nicht auf Arbeit, obwohl die wirtschaftliche Wertschöpfung in erster Linie das Resultat geleisteter Arbeit ist. Sie ist daher einem kleinen Kreis von Besitzenden vorbehalten und schliesst den grossen Kreis der lohnabhängig Arbeitenden aus. Das muss sich ändern (siehe Kap. XVI).

## ***Herausforderungen***

1. Im Bereich der politischen Demokratie besteht der Reformbedarf in erster Linie aus der Gewährung des Stimm- und Wahlrechts an niedergelassene Immigrantinnen und Immigranten, in zweiter Linie aus der Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 16 Jahre.
2. Die demografischen und sozioökonomischen Entwicklungen führen zunehmend zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überschreitung innerstaatlicher Grenzen. Die Kantone und Gemeinden reagieren mit interkantonalen und interkommunalen Körperschaften (Zweckverbände, Konkordate). Da diese Körperschaften weitgehend auf der exekutiven Ebene angesiedelt sind, ist ihr Demokratiedefizit offenkundig und muss beseitigt werden.
3. Der Demokratisierungsbedarf der wichtigen internationalen Institutionen muss eingelöst werden durch ihre eigene Parlamentarisierung oder durch den Einbezug der nationalen Parlamente in ihre strategischen Entscheidungen.

## **VI. Staat (- Rechtsstaat - Föderalismus)**

Der demokratische Staat ist für die SP nicht der einzige, aber der wichtigste Akteur bei der Gestaltung von möglichst viel Lebensqualität für möglichst viele Menschen. Sein Handeln ist im Willen des Volkes verankert und seinem Wohl verpflichtet. Der Wille des Volkes ist in Verfassung und Gesetzen niedergelegt. Er ist das Ergebnis von Wahlen und Abstimmungen. Er ist der Boden, auf dem die gewählten und die angestellten Vertreterinnen und Vertreter des Staates handeln.

Die SP hält die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative für eine zentrale historische Errungenschaft und verteidigt sie uneingeschränkt.

Die SP setzt auf die Stärke des Rechts gegenüber dem Recht des Stärkeren. Die Verankerung der individuellen Grundrechte und der sozialen Grundrechte in der Verfassung sind von aller grösster Bedeutung im Hinblick auf die Freiheit der Menschen, sich in der Gesellschaft so zu bewegen wie sie es richtig finden. Der Rechtsstaat schützt sie vor staatlicher Willkür und garantiert ihnen die Möglichkeit, eigene Interessen gegenüber Dritten zu verteidigen.

Die SP ist für föderalistische Staatstrukturen, weil sie zur Machtteilung und zur Bürgernähe beitragen. Die Gliederung des Staates in die drei Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden halten wir im Grundsatz für zweckmässig und zukunftstauglich, in der konkret vorhandenen Ausprägung für reformbedürftig

### ***Herausforderungen***

1. Die Europäisierung Europas unter Führung der EU und die Globalisierung der Welt sind historisch bedeutsame Prozesse. Sie gehen einher mit einem Souveränitätsverlust der Nationalstaaten. Die Schweiz als eng mit der EU verbundener, aber ihr noch nicht angehörender Staat erlebt diesen Souveränitätsverlust schleichend und nennt ihn autonomen Nachvollzug. Der Verlust kann nach Ansicht der SP nur durch den Souveränitätsgewinn auf europäischer Ebene kompensiert werden, der mit der EU-Mitgliedschaft verbunden ist. Auch darum sind wir für den Beitritt zu EU.
2. Der Föderalismus ist reformbedürftig. Das gilt in erster Linie für das aus dem 19. Jahrhundert stammende strukturelle Übergewicht der kleinen, ländlichen und agrarisch geprägten Kantone. Sie haben parlamentarisch mit der Sitzverteilung für den Ständerat und direktdemokratisch mit dem Ständemehr ein Übermass an Einfluss, das der realen Bevölkerungsverteilung zwischen Stadt und Land längst nicht mehr entspricht. Die SP ist für eine Gewichtsverschiebung zugunsten der urbanen Schweiz.
3. Die seit der Gründung der Schweiz vor 150 Jahren stattgefundenen sozioökonomischen Entwicklungen stellen die föderalen Strukturen mit 26

Kantonen und gegen 3'000 Gemeinden in Frage. Auf kommunaler Ebene ist die Gebietsreform Gang gekommen. Die SP begrüsst und unterstützt diesen Prozess, hält ihn aber auch auf kantonaler Ebene mittel- und langfristig für unumgänglich.

## **VII. Markt**

Der Markt ist ein unverzichtbarer Bestandteil jeder produktiven, effizienten und innovativen Wirtschaftsordnung. Er ist die beste Methode zur Regulierung von Angebot und Nachfrage und zur Preisbildung. Damit der Markt seine Qualitäten voll ausspielen kann, muss allerdings freier Wettbewerb herrschen. Jede Form von privatwirtschaftlicher Monopolisierung oder Kartellbildung ist daher abzulehnen.

Der Markt ist zwar ökonomisch effizient, aber ökologisch und sozial blind. Er neigt dazu, Arbeitskraft und natürliche Ressourcen als Kostenfaktoren möglichst günstig einzukaufen. Er ist deshalb nicht in der Lage, nachhaltig mit der Natur umzugehen und auch nicht in der Lage, eine gerechte Gesellschaft hervorzubringen. Der Markt befriedigt nicht menschliche Bedürfnisse, sondern nur Nachfrage, also Bedürfnisse, die sich in Geld ausdrücken können. Sehr viele Menschen auf dieser Welt können ihre Grundbedürfnisse nach Ernährung, Gesundheit, Wohnen und Bildung nicht befriedigen, weil sie kein Geld haben, um sich diese Güter kaufen zu können. Viele Menschen in unserer eigenen Gesellschaft können ihre Grundbedürfnisse nur ungenügend befriedigen, weil sie zu wenig Geld haben. Zum Markt gehört deshalb zwingend eine Marktordnung, denn er ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zu anderen Zwecken. Die Marktordnung muss seine gravierenden Mängel korrigieren und seine Dynamik in die richtigen Bahnen lenken.

Einer der wichtigsten Märkte ist der Arbeitsmarkt. Er war historisch gesehen ein grosser Freiheitsgewinn für die Arbeiterklasse und mündete trotzdem in ihre krasseste Ausbeutung, weil ihm niemand humane Ziele vorgab. Es bleibt die historische Leistung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie mit der Durchsetzung von Gesamtarbeitsverträgen und sozialstaatlichen Gesetzgebungen dem freien, unregulierten Arbeitsmarkt Lebensqualität für die Lohnabhängigen abgerungen zu haben - und es bleibt ihr historischer Auftrag.

Wir wollen den Markt weder verteufeln noch vergöttern. Wir wollen seine Qualitäten nutzen und seine Schwächen korrigieren. Wir sehen ihn als Wirtschaftsmotor im Dienst einer freiheitlichen und gerechten Gesellschaft. Die Gesellschaft muss die Märkte mittels Politik steuern, muss ihnen Leitplanken setzen und Ziele vorgeben, muss ihre zerstörerischen Kräfte bändigen und sie umlenken in Bahnen, die den Menschen Lebensqualität und der Natur Schutz bieten .

Die SP ist in diesem Sinne für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft.

### ***Herausforderungen***

1. Die fortschreitende Globalisierung der kapitalistischen Marktwirtschaft macht die Grenzen nationalstaatlicher Marktordnungen sichtbar und

bedroht diese in ihrer Substanz. Unregulierte globale Märkte mit freiem Auslauf für die auf nichts und niemanden Rücksicht nehmende Profitmaximierung halten wir in sozialer und ökologischer Hinsicht für extrem schädlich. Die SP ist deshalb für global tätige Institutionen mit weltstaatlichen Kompetenzen, damit nicht nur die Märkte globalisiert werden, sondern auch die Gerechtigkeit und die Nachhaltigkeit

## **VIII. Service public**

Kernbereiche der Daseinsvorsorge wollen wir nicht dem Rendite-Primat der Märkte aussetzen, sondern der Warenwirtschaft und den Mechanismen des Kommerzes entziehen. Der Staat hat die Aufgabe, für die Grundversorgung der Bevölkerung und der Betriebe mit den für ihre Existenz wesentlichen Waren und Dienstleistungen zu sorgen. Zu diesem Service public zählen wir das Bildungswesen, das Gesundheitswesen, die Sozialversicherungen, die öffentliche Sicherheit, die Versorgung mit Energie, Die Wasserversorgung, die Abfall- und Abwasserentsorgung, den öffentlichen Verkehr, die Telekommunikation, Radio und Fernsehen, die Raumordnung, den Umweltschutz, die ausserfamiliäre Kinderbetreuung und die Post. Was Inhalt der Grundversorgung ist, muss im politischen Prozess immer wieder neu bestimmt und auf die gesellschaftlichen Veränderungen abgestimmt werden. Der Service public wird entweder von staatlichen Monopolbetrieben oder von privaten Unternehmen mit staatlichem Leistungsauftrag erbracht.

Die Lebensqualität der Menschen hängt in einem hohen Mass von der Verfügbarkeit öffentlicher Güter ab. Der Service public trägt zur Chancengleichheit, zur sozialen Gerechtigkeit und zum nationalen Zusammenhalt bei. Er ist darüber hinaus von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung, denn eine qualitativ hochstehende Infrastruktur ist verbunden mit einer hohen Versorgungssicherheit ein entscheidender Standortvorteil im internationalen Wettbewerb.

Dem Service public kommen aus sozialdemokratischer Sicht drei weitere, entscheidende Vorteile zu: Er wird demokratisch geregelt, solidarisch finanziert und hat Vorbildcharakter bezüglich Arbeitsbedingungen, Umweltverträglichkeit und Gleichstellung der Geschlechter.

### ***Herausforderungen***

1. Der Service public ist im neoliberalen Zeitalter ins Visier der Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik geraten. Das private Kapital wittert lukrative Geschäftsmöglichkeiten. Die SP wehrt sich gegen diese Demontage, weil sie einen negativen Einfluss auf die Lebensqualität breiter Bevölkerungskreise hätte.
2. Der Service public steht auch international unter Druck: Die Welthandelsorganisation WTO will die nationalstaatlichen Grundversorgungen Schritt um Schritt im Märkte verwandeln und privatisieren. Die Schweiz muss diesen Bestrebungen Widerstand leisten, sie blockieren und dem Service public auch unter globalisierten Vorzeichen die ihm gebührende Stellung sichern helfen.

3. Der Service public darf nicht zum Reservat vergangener Zeiten werden. Er soll der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dynamik folgen, seine Leistungen regelmässig überprüfen und anpassen, denn nur so kann er seine entscheidenden Funktionen beibehalten und sich selbst legitimieren.

## **IX. Arbeit**

Die betrieblichen Arbeitswelten, die Berufe, die Arbeitsverhältnisse, die Arbeitszeiten befinden sich in einem tiefgreifenden Wandel. Neue Technologien verändern den Arbeitsmarkt ebenso wie der europäische Binnenmarkt und die Globalisierung. Allen Veränderungen zum Trotz gibt es aber auch eine Konstante: Arbeit ist für die meisten erwachsenen Menschen der wichtigste Lebensinhalt geblieben, weil sie die materielle Existenzgrundlage liefert und weil sie ihrem Leben Sinn gibt. Anständig bezahlte Arbeit ist das beste Mittel im Kampf gegen die Armut und die entscheidende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Arbeit verhindert soziale Ausgrenzung. Daraus ergibt sich das Grundrecht auf Arbeit, das wir verteidigen und einfordern. Im eigenen Land und überall auf der Welt.

Die Sozialdemokratie hat sich seit ihrer Gründung als politische Vertreterin der lohnabhängig arbeitenden Menschen verstanden und tut es noch. Sie kämpft für Vollbeschäftigung, für gerechte Löhne, für ein ausgewogenes Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für Arbeitsplätze für leistungsbehinderte Menschen, für ausreichende Aus- und Weiterbildung und für Sozialversicherungen, die Lohnersatz zahlen, wenn jemand ohne Arbeit ist.

Arbeit ist aber auch die wichtigste Quelle der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung. Dieser Tatsache wird in der betrieblichen Realität bis heute zu wenig Rechnung getragen. Die Wirtschaftsmacht ist in den Händen der Eigentümer, die Arbeitenden sind davon ausgeschlossen. Die Unternehmen dienen den Interessen der Aktionäre, die allzu oft denen der Belegschaften diametral entgegen stehen. Die SP will das ändern und auf die Übertragung von Wirtschaftsmacht an die Belegschaften hinarbeiten.

### ***Herausforderungen***

1. Angesichts der chronischen Sockelarbeitslosigkeit erscheint Vollbeschäftigung als nur sehr schwer erreichbares Ziel. Wir halten dennoch daran fest, weil es sich aus dem Recht auf Arbeit ableitet und weil es zur Arbeit in all ihren existenziellen Bedeutungen keine wirkliche Alternative gibt.
2. Das Risiko, arbeitslos zu werden, hängt direkt von den beruflichen Qualifikationen ab: Je besser sie sind desto kleiner ist das Risiko. Daraus ergibt sich für uns die wirksamste Methode im Kampf um Vollbeschäftigung: Das Recht auf berufliche Ausbildung und lebenslange Weiterbildung
3. Es gibt einen Trend zur Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen: Arbeit auf Abruf, Arbeit mit zu tiefer Entlohnung (working poor), Schwarzarbeit,

Temporärarbeit. Diesem Trend sagen wir den Kampf an. Wer Vollzeit arbeitet, soll mit dem Lohn seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Um dieses Ziel zu erreichen, soll es einen gesetzlich garantierten, existenzsichernden Mindestlohn geben.

4. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie steckt noch in den Kinderschuhen. Das geht zu Lasten der Frauen bezüglich beruflicher Laufbahn und zu Lasten der Männer bezüglich familiärem Engagement. Wir zählen die Beseitigung dieser Lasten durch die ungehinderte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unseren prioritären gesellschaftspolitischen Zielen.
5. Frauen sind bezüglich Löhnen gegenüber den Männern weiterhin klar benachteiligt. Die SP hält ihr Engagement für den Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ so lange aufrecht bis er als erfüllt gelten kann.
6. Die Produktivität der wirtschaftlichen Wertschöpfung wächst stetig. Die SP setzt sich dafür ein, dass die Produktivitätsfortschritte in erster Linie denen zufließen, die sie erzeugen - den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.
7. Die Wirtschaftsmacht liegt immer noch ausschliesslich in den Händen derjenigen, die die Produktionsmittel besitzen. Notwendig ist aber die gleichberechtigte Teilhabe der Arbeitenden an der Wirtschaftsmacht. Die SP unterstützt alle Bestrebungen, die zur Demokratisierung der Wirtschaftsmacht beitragen.

## **X. Bildung**

Die Schweiz gehört zu den Wissensgesellschaften: Die Menge des verfügbaren und eingesetzten Wissens nimmt ebenso rasch zu wie es schnell altert. Der Zugang zu diesem Wissen, seine Verteilung, der Umgang damit und die Kontrolle darüber ist für die gesamte Gesellschaft und somit auch für die Politik zu einem Schlüsselfaktor geworden. Die Position des einzelnen Menschen und sein Potenzial an Lebenschancen definieren sich in dieser Wissensgesellschaft wesentlich durch seine Bildung - seine Schulbildung, seine berufliche Ausbildung, seine lebenslange Weiterbildung, seine Allgemeinbildung.

Es gibt einige zentrale Zusammenhänge, die das Bildungssystem mit anderen gesellschaftlichen Bereichen verknüpfen. Von sehr grosser Bedeutung ist der Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt, indem die Beschäftigung an sich wie die Auswahl an Beschäftigungs- und Karrieremöglichkeiten direkt vom Qualifikationsniveau abhängen. Eindeutig nachgewiesen sind auch die Zusammenhänge zwischen möglichst guter Bildung und der Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Aufgaben sowie der Teilhabe am kulturellen Leben.

Bildung ist der Rohstoff der Schweiz. Sie hat deshalb seit langem ein leistungsfähiges Bildungssystem und deshalb eine vergleichsweise gut ausgebildete Bevölkerung. Das schweizerische Bildungswesen hat in den letzten zwei Jahrzehnten einige markante Veränderungen erfahren, die wir als Fortschritte werten: Die grössere Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsgängen; die Aufwertung des Zweigs Berufsbildung durch die Einführung von Berufsmatur und Fachhochschulen; die Gleichstellung der Geschlechter bis und mit Anteil an den Studierenden der Universitäten, die bessere internationale Verknüpfung der nationalen Bildungssysteme in Europa. Weitere wesentliche Reformen stehen aber an und sind nach unserer Auffassung unumgänglich, wenn die Schweiz ihre Position als eine der führenden Wissensgesellschaften halten will.

### **Herausforderungen**

1. Die Chancenungleichheit für die Kinder ist geblieben, ja hat sich sogar verstärkt. Die soziale Herkunft ist immer noch das massgebende Kriterium für den Zugang zur höheren Schulbildung und den aus ihr ableitbaren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Möglichkeiten. Für die SP sind deshalb all jene bildungspolitischen Massnahmen prioritär, die zur Beseitigung der herkunftsbedingten Benachteiligungen und damit zu Chancengleichheit führen: Ausserfamiliäre Kinderbetreuung, vorschulische und schulbegleitende Angebote, Stipendienwesen, Recht auf Berufslehre.
2. Das schweizerische Bildungssystem besteht im Prinzip immer noch aus 26 kantonalen Bildungssystemen, die zum Teil erheblich voneinander

abweichen. Die SP hält diesen „Kantönligeist“ für anachronistisch und plädiert für tiefgreifende Koordinations- und Harmonisierungsvorhaben.

3. Das duale Berufsbildungssystem ist ein Schlüsselement bei der Qualifizierung der Bevölkerung für die Ansprüche der Arbeitswelt. Es hängt aber entscheidend ab vom Lehrstellenangebot, und da stellen wir einige bedrohliche Tendenzen fest wie etwa die zunehmende Ansiedlung von Betrieben internationaler Konzerne ohne Berufsbildungstradition oder die Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Sektoren mit dualer Berufsbildung in solche ohne. Die SP vertritt eine Berufsbildungspolitik, die solchen Tendenzen entgegen tritt und die auf Stärkung statt Schwächung der dualen Berufsbildung abzielt.
4. Die Ansprüche an den Lehrberuf sind erheblich gestiegen und parallel dazu hat er an Attraktivität und gesellschaftlicher Anerkennung verloren. Das ist exakt das Gegenteil von dem, was eine Wissensgesellschaft braucht. Die Aufwertung des Lehrberufs auf allen Stufen gehört für die SP deshalb zu den zentralen bildungspolitischen Zielen.

## **XI. Technologie**

Die stärksten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsimpulse gehen seit längerem von den Wissenschaften und der Umsetzung ihrer Forschungsergebnisse in neue Technologien aus. In den letzten 20 Jahren waren es in erster Linie die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). In Zukunft werden die Biotechnologien und die Nanotechnologie an ihre Seite treten. Die Dynamik und der Wandel, die sie auslösten, waren und sind ebenso umfassend wie tiefgreifend, das Tempo hoch. Sie setzten die Menschen unter einen enormen Anpassungsdruck. Sie generierten neue Geräte, neue Methoden, neue Fabriken, neue Wirtschaftszweige und erforderten neues Wissen, neue Qualifikationen, neue Arbeitsplätze. Sie schufen und schafften auch neue Probleme. Das wird so bleiben und sich im Tempo eher beschleunigen als verlangsamen. Die Dynamik des technologisch gesteuerten Wandels wird in Wirtschaft und Gesellschaft zu weiteren gravierenden Veränderungen führen und die Politik zum Handeln zwingen.

### ***Herausforderungen***

1. Die Schweiz hat im Bereich Wissenschaft/Technologie eine ausgezeichnete Position: Hervorragende Hochschulen, führende Technologie-Unternehmen und ein Spitzenplatz bei den Zukunftstechnologien „Nano“ und „Bio“. Angesichts des wirtschaftlichen Potenzials dieser Technologien ist es wichtig, diese Position zu halten und weiter zu entwickeln.
2. Ebenso wichtig ist aber, dass die Menschen von dieser Entwicklung nicht überrollt werden, sondern mit ihr mithalten können. Das geht nur mit einem Bildungssystem, das die Erstausbildung mit lebenslanger Weiterbildung verknüpft.
3. Wer technologisch an der Spitze ist, muss auch eine führende Rolle spielen bei der Risikofolge-Abschätzung. Es ist Sache der Politik, das Schadenspotenzial neuer Technologien zu erkennen und die schadensverhindernden Massnahmen zu treffen. Es ist zudem eine wichtige Aufgabe für die Politik, Forschung und Entwicklung im Hinblick auf ihre Ethik-Verträglichkeit, ihre Umweltverträglichkeit und ihre Sozialverträglichkeit kritisch zu begleiten und ihnen allenfalls Grenzen zu setzen.
4. Spitzenforschung und ihre wirtschaftliche Verwertung vertiefen die Gräben zwischen den Industrieländern und der Dritten Welt. Die Schweiz muss sich innerhalb der Staatengemeinschaft für Massnahmen einsetzen, die solche Effekte kompensieren.

5. Die Beteiligung der Frauen an naturwissenschaftlicher Forschung und technischer Entwicklung ist noch viel zu gering. Das führt zu einseitigen Schwerpunktsetzungen und zur Vernachlässigung grosser wissenschaftlicher Potenziale. Dieses Ungleichgewicht darf politisch nicht länger hingenommen werden.

## **XII. Umwelt**

Die Menschheit übernutzt die biologische Kapazität der Erde. Verantwortlich dafür sind in erster Linie die Industrieländer, in zweiter und zunehmender Linie die bevölkerungsreichen Schwellenländer. Die Konsequenzen dieser Übernutzung sind dramatisch: Erderwärmung und daraus folgende Klimaveränderungen, Luft- und Gewässerverschmutzungen, Zerstörung natürlicher Ressourcen, grossflächige Vergiftung von Böden durch Chemikalien, grossflächige Vernichtung von Wäldern, Reduktion der biologischen Artenvielfalt, Vertreibung von Menschen aus ihren unbewohnbar gewordenen Gebieten. Zu den Konsequenzen der Übernutzung werden in Zukunft internationale Konflikte gehören, vor allem der Kampf um Wasser.

Diese Entwicklung ist in ihren Ursachen, Erscheinungsformen und Auswirkungen global. Die Schweiz ist als Täterin und als Opfer Teil davon. Sie steht wie alle anderen Länder in der Verantwortung, diesen selbstzerstörerischen Entwicklungen Einhalt zu gebieten. Als Land, das pro Kopf weit überproportional zu den ökologischen Problemen beiträgt, steht sie sogar mehr als andere in der Verantwortung. Dies aber auch als Land, das in einigen Bereichen bewiesen hat, dass es einen anderen, nämlich nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen geben kann, wenn man ihn politisch will.

### ***Herausforderungen***

1. Die grösste Herausforderung ist der Klimawandel als Folge der Erderwärmung als Folge des exzessiven Ausstosses von CO<sub>2</sub> als Folge der Verbrennung der fossilen Energieträger und der CO<sub>2</sub>-schluckenden Wälder. Dieser Herausforderung ist nur international zu begegnen. Die Schweiz muss sich innerhalb der Staatengemeinschaft an vorderster Front für alle Massnahmen einsetzen, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduzieren und die CO<sub>2</sub>-Aufnahmekapazitäten der Natur vergrössern. Sie muss gleichzeitig im eigenen Land und schneller als es international zu vereinbaren ist, den Klimaschutz vorantreiben.
2. Die bisherigen Hauptenergieträger Erdöl, Erdgas und Uran sind entweder extrem risikoreich oder extrem umweltschädlich. Ihre Vorräte gehen schnell zu Ende. Die Alternativen dazu sind bekannt, technologisch reif und marktfähig. Die Alternativen heissen effizientere Energienutzung und Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen (Sonne, Wind, Biomasse, Erdwärme). Die SP will eine Energiepolitik, die auf Atomkraftwerke verzichtet, zu einer umweltverträglichen CO<sub>2</sub>-Bilanz führt, die Abhängigkeit vom Ausland verringert, die Versorgungssicherheit erhöht und das in der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien steckende Beschäftigungspotenzial voll ausschöpft.

3. Einer der wichtigsten Gründe für den unverantwortlichen Raubbau an der Natur ist ihre zu billige Verfügbarkeit beziehungsweise zu billige Zerstörbarkeit. Die SP vertritt deshalb den Grundsatz der Internalisierung der externen Kosten: Die Umweltzerstörung muss so teuer werden, dass umweltschonende Produktionsmethoden und Verhaltensweisen billiger sind.
4. Die Umweltverträglichkeit ist eine der drei massgebenden Nachhaltigkeits-Dimensionen. Die SP setzt sich dafür ein, dass sie von der nationalen wie internationalen Politik zur Richtschnur von höchster Priorität befördert wird.

### **XIII. Integration**

Die gesellschaftliche Entwicklung der Schweiz ist seit 1848 geprägt von mehreren zentralen Integrationsvorgängen, die ihrerseits das Resultat härtester sozialer Konflikte waren: Als erstes die Integration der ländlich-agrarisch-katholischen Bevölkerung als Folge des Kulturkampfes; als zweites die Integration der Arbeiterschaft als Folge des Klassenkampfes; als drittes die Integration der Frauen als Folge des Geschlechterkampfes. Integration bedeutet immer die Aufhebung oder zumindest massive Verminderung systematischer Benachteiligungen, beinhaltet Zugeständnisse an bedeutende gesellschaftliche Gruppierungen, reduziert soziale Spannungen und förderte den nationalen Zusammenhalt.

Die Schweiz hat eine beeindruckende Integrationskraft bewiesen. Sie gehört zu ihren wichtigsten geschichtlichen Qualitäten und wird erneut auf die Probe gestellt durch die notwendige Eingliederung der Migrantinnen und Migranten. Die SP spielte bei der Integration der Arbeiterschaft und der Frauen eine zentrale Rolle. Sie will dies auch bei der Integration der Eingewanderten tun. Sie bekämpft die Marginalisierung und Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen, weil sie weiss, dass das Konflikte schürt statt löst und den sozialen Zusammenhalt lockert statt festigt.

Integration ist nicht nur der Schlüsselbegriff für den sozialen Zusammenhalt, sondern auch für den nationalen. Die Schweiz ist als Land mit einer sprachlich-kulturellen Mehrheit und drei sprachlich-kulturellen Minderheiten existenziell auf politische Kräfte angewiesen, die integrativ in diese Verhältnisse hineinwirken. Die SP zählt sich zu diesen Kräften.

#### ***Herausforderungen***

1. Die Schweiz ist seit hundert Jahren ein Einwanderungsland und wird eines bleiben. Die Integration der eingewanderten Menschen ist eine zentrale Daueraufgabe. Sie beinhaltet ihre Verpflichtung auf die Menschenrechte und den demokratischen Rechtsstaat ebenso wie ihre gleichberechtigte Teilnahme an allen gesellschaftlichen Aktivitäten unter Wahrung ihrer kulturellen Identitäten.
2. Die Pflege des Zusammenhalts zwischen den sprachlich und kulturell verschiedenen Landesteilen bleibt ebenfalls eine politische Daueraufgabe. Der politische Minderheitenschutz, die Sprachenpolitik und der Service public sind geeignete Instrumente dafür.
3. Die Globalisierung nach neoliberalen Muster vergrössert die Gruppe der unter prekären Verhältnissen arbeitenden und lebenden Menschen. Das erzeugt soziale Sprengkraft und wirkt desintegrierend. Derartige Marginalisierungsvorgänge müssen erkannt und mittels Integrationspolitik bekämpft werden.

## **XIV. Die Schweiz in Europa**

Die Schweiz ist das europäischste Land Europas. Sie nimmt in der geografischen Mitte des Kontinents zentrale Funktionen wahr, etwa bezüglich der transnationalen Verkehrsströme oder des grenzüberschreitenden Stromhandels. Drei ihrer vier Landesprachen sind auch die Sprachen der grössten Länder Europas. Deshalb ist sie kulturell eng verbunden mit ihren Nachbarstaaten. Die Schweiz hat einen ausserordentlich intensiven wirtschaftlichen Verkehr mit der Europäischen Union; er umfasst drei Viertel der gesamten Importe und Exporte von Waren und den grössten Teil des ausser Landes investierten Kapitals. Zehn Prozent aller Schweizerinnen und Schweizer leben in europäischen Ländern, an die 20 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung sind Europäerinnen und Europäer. Aus all dem geht hervor, dass das Verhältnis zur Europäischen Union und ihren Mitgliedsländern für die Gegenwart und die Zukunft der Schweiz von aller grösster Bedeutung ist.

Dieses Verhältnis drückt sich aus in einer Vielzahl von bilateralen Verträgen, die in erster Linie die Wirtschaftsbeziehungen regeln. Es zeichnet sich aber immer klarer ab, dass der bilaterale Weg steiler und steiniger wird. Die Aushandlung neuer bilateralen Verträge stockt, der Problemstau wächst, der Handlungsdruck nimmt zu, der bilaterale Weg mündet in die Sackgasse. Die Schweiz isoliert sich zunehmend, beteiligt sich nicht am Bau des Hauses Europa und wird gleichzeitig immer abhängiger von den Beschlüssen der Europäischen Union. Die Übernahme europäischer Regelungen wird beschönigend „autonomer Nachvollzug“ genannt, ist aber nichts anderes als ein schleichender Souveränitätsverlust.

Die SP hat die Gründe für und gegen einen Beitritt der Schweiz zur EU eingehend analysiert und bilanziert. Sie ist zum Schluss gekommen, dass die Vorteile eines Beitritts die Nachteile klar überwiegen. Dies allerdings nur dann, wenn der Beitritt begleitet wird von einem Bündel innenpolitischer Reformen. So wie die Einführung der Personenfreizügigkeit untrennbar mit flankierenden Massnahmen zum Schutz schweizerischer Löhne und Arbeitsbedingungen verknüpft werden musste, muss der Beitritt untrennbar mit flankierenden inneren Reformen verbunden werden, die von der Bevölkerung als Fortschritte empfunden werden.

Der schleichende politische Souveränitätsverlust kann nur durch den mit dem Beitritt verbundenen Souveränitätsgewinn als vollberechtigtes EU-Mitglied kompensiert werden.

### ***Herausforderungen***

1. Die Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung muss davon überzeugt werden, dass die Zukunft der Schweiz innerhalb der EU liegt nicht ausserhalb.
2. Der Beitritt der Schweiz zur EU muss mit innenpolitischen Reformen flankiert werden, die von der Bevölkerung als ein Gewinn an Lebensqualität empfunden werden.

3. Das politische System mit seiner direkten Demokratie und seinem Föderalismus soll in der Substanz bewahrt und gleichzeitig so reformiert werden, dass es der Schweiz möglich wird, die EU mit zu regieren.

## **XV. Die Schweiz in der Welt**

Die Schweiz hat auf internationaler Ebene vier zentrale Handlungsfelder zu beackern: Friedensförderung, fairer Waren- und Kapitalverkehr, Klimaschutz und Förderung der Menschenrechte.

Friedensförderung: Kriege und Kriegsgefahren werden ihre ebenso prägende wie bedrohliche Bedeutung in Zukunft behalten, ihre Schauplätze aber werden nicht mehr in Europa sein. Das ist der überragenden friedensstiftenden und friedensichernden Leistung der Europäischen Union zu verdanken. Kriege werden zwar in anderen Teilen der Welt ausgetragen, aber das heisst nicht, dass sie uns nichts angehen und uns nicht betreffen. Die Schweiz ist im Gegenteil auf verschiedenste Art und Weise involviert: Waffenexporte, Kriegsflüchtlinge, humanitäre Aktionen, friedenssichernde Armee-Einsätze, Teilnahme an UNO-Sanktionen und Wiederaufbau-Programmen, diplomatische Aktivitäten.

Die SP will, dass die Schweiz alle kriegsfördernden Aktivitäten wie etwa Waffenexporte unterlässt und sich international für gewaltfreie Konfliktlösungen einsetzt. Sie unterstützt eine aktive, friedensorientierte Aussenpolitik.

Fairer Handel: Freihandel ist kein taugliches Entwicklungskonzept für die Armen dieser Erde; zu oft schon hat er ihre Lage verschlimmert statt verbessert. Im fairen Handel dagegen steckt viel Potenzial für die Armutsbekämpfung, weil er den Austausch von Waren, Kapital und Dienstleistungen an die Einhaltung von sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Mindeststandards bei ihrer Produktion bindet. Die SP setzt sich dafür ein, dass die Schweiz nur noch bilaterale oder multilaterale Handelsabkommen abschliesst, die fairen statt freien Handel bezwecken, und aktiv gegen die Steuerflucht aus den Entwicklungsländern vorgeht statt sie zu begünstigen.

Klimaschutz: Als wirtschaftlich hoch entwickeltes Land gehört die Schweiz zu den Umweltsündern, Deshalb und weil sie ein reiches Land ist, gehört sie zu denen, die im Kampf gegen die Erderwärmung voran gehen müssen.

Menschenrechte: Sie sind der Kern jeder humanen Gesellschaft. Sie sollen jedem Individuum voraussetzungslos zu stehen. So steht es in der UNO-Charta und in vielen nationalen Verfassungen. Die Realität sieht leider allzu oft anders aus. Menschenrechtsverletzungen geschehen täglich millionenfach. Die Schweiz ist nach Ansicht der SP verpflichtet, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für die Durchsetzung der Menschenrechte überall auf der Welt einzustehen – und zwar in erster Priorität.

### ***Herausforderungen***

1. Eine aktive, friedensorientierte Aussenpolitik ist in der Schweiz noch längst keine Selbstverständlichkeit. Die SP setzt sich dafür ein, dass sie es wird.
2. Multilaterale und bilaterale Handelsabkommen müssen von frei auf fair umgepolt werden. Handel muss der Armutsbekämpfung, der Durchsetzung der Menschenrechte sowie sozialer und ökologischer Mindeststandards dienen.
3. Die Schweiz muss an die Spitze jener Länder herangeführt werden, die den Kampf gegen die Erderwärmung am ehrgeizigsten aufnehmen.
4. Zur besseren Durchsetzung der Menschenrechte braucht es neben fairen Handelsbeziehungen einen Welt-Menschenrechts-Gerichtshof. Die Schweiz muss sich in der UNO dafür einsetzen.

## **XVI. Unsere Vision - Wirtschaftsdemokratie**

Was heisst Sozialdemokratie? Albert Steck, Mitgründer der SP Schweiz, beantwortete die Frage vor 120 Jahren so: „Die soziale Demokratie ist die vollständige Volksherrschaft ... Die vollständige Volksherrschaft kann, neben dem weiteren Ausbau und der Vollendung der politischen Demokratie nur erreicht werden durch die Herrschaft des Volkes auch über die Produktionsmittel seines Landes. Die politische und die ökonomische Volksherrschaft zusammen geben die soziale Demokratie, die Sozialdemokratie, wobei allerdings die politische Seite, die in der heutigen Gesellschaft allein im Vordergrund steht und stehen darf, gegenüber der ungleich bedeutenderen ökonomischen Seite der Volkswirtschaft ziemlich zurückstehen wird.“

Albert Steck forderte die Wirtschaftsdemokratie. Er bezeichnete sie als die bedeutendere im Vergleich mit der politischen Demokratie und verlegte ihre Realisierung dennoch in eine fernere Zukunft. Bei dieser Ausgangsposition ist es bis heute geblieben. Die politische Demokratie wurde weiter ausgebaut (mit der Volksinitiative und dem Frauenstimmrecht), die wirtschaftliche Demokratisierung aber ist ausgeblieben. Gefordert wurde sie von der SP allerdings immer. In jedem Parteiprogramm seit 1888 findet sich die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft in der einen oder anderen Weise. Im Programm von 1982 erscheint sie in der Formulierung von der notwendigen „Überwindung des Kapitalismus“. Näher gerückt ist das Ziel in all den vergangenen Jahrzehnten allerdings nicht; ein wichtiger Versuch – die Mitbestimmungsinitiative des Gewerkschaftsbundes – scheiterte an der Urne.

Die SP Schweiz war und ist also eine Partei, die den Kapitalismus nicht als Ende und schon gar nicht als Vollendung der Geschichte akzeptiert. Sie hat immer eine Wirtschaftsordnung ins Auge gefasst, die über den Kapitalismus hinaus geht, ihn überwindet und hinter sich lässt. Sie wusste, dass dieses Ziel in der Ferne liegt, aber sie hat trotzdem an ihm festgehalten. Sie tat es mit dem Blick auf die jeweils herrschenden Verhältnisse und sie tat es von einer sozialetischen Grundüberzeugung aus. Die SP Schweiz hat eine visionäre Tradition. Die Vision heisst Wirtschaftsdemokratie.

Die Vision „Wirtschaftsdemokratie“ im Parteiprogramm fort zu schreiben, ist unverzichtbar. Sie dort parkiert zu wissen, genügt aber nicht. Wir möchten uns der Vision nähern durch praktische Politik. Wir wissen, dass es dafür kein einfaches Rezept gibt, dass nicht per Knopfdruck von Kapitalismus auf Wirtschaftsdemokratie umgeschaltet werden kann. Wir wissen aber auch, dass es bereits heute Elemente einer demokratischen Wirtschaftsordnung gibt - in der realen Welt und in der Ideenwelt. Wir wollen sie verteidigen und stärken. Wir wollen aber auch neue Elemente erarbeiten und vorschlagen. Wir wollen dafür Mehrheiten gewinnen. Wir wollen uns aufmachen auf den Weg der Demokratisierung der Wirtschaft.

## Den Kapitalismus überwinden – warum?

Die Notwendigkeit, die kapitalistische Wirtschaftsordnung hinter uns zu lassen, ergibt sich zum einen aus dem Primat der Gerechtigkeit als höchstem sozialdemokratischen Wert. Es ist aus dieser Perspektive nicht einzusehen, warum nur die Staatsmacht demokratisiert ist und nicht auch die Wirtschaftsmacht. Es ist nicht einzusehen, warum die Wirtschaftsfreiheiten nur der besitzenden Minderheit zustehen sollen und nicht auch den besitzlosen Mehrheiten. Wir fordern die Gleichheit an Freiheiten als Menschenrechte, die an keine andere Voraussetzung gebunden sind als an das Mensch sein. Das muss auch für die Wirtschaftsfreiheiten gelten.

Die Notwendigkeit, die kapitalistische Wirtschaftsordnung hinter uns zu lassen, ergibt zum zweiten aus ihren Resultaten nach über 150 Jahren Weltherrschaft. Sie ergibt sich aus der Hinterlassenschaft, in der wir heute leben:

- Der ausbeuterische Umgang mit der Natur, insbesondere mit den fossilen Energieträgern hat zu einer Erderwärmung und einem Klimawandel geführt, der den Lebensraum Erde existenziell gefährdet.
- Eine Milliarde Menschen sind chronisch unterernährt, 40 Millionen sterben jedes Jahr an Hunger. Die Weltlandwirtschaft hätte aber das Potenzial, zwölf Milliarden Menschen so zu ernähren, dass sie keinen Hunger leiden müssen.
- Für eine Milliarde Menschen gibt es kein sauberes Trinkwasser, Tendenz zunehmend; 2,5 Milliarden leben ohne sanitäre Einrichtungen.
- Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in extremer Armut, die verbundenen ist mit gravierenden Mängeln an Gesundheit, Sicherheit, Bildung, Behausung, Arbeit.
- Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt 40 Prozent des Weltvermögens, die reichsten zehn Prozent besitzen 85 Prozent.
- Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung erzielt nur gerade ein Prozent des Einkommens, die besser verdienende Hälfte dagegen 99 Prozent.
- Die Kluft zwischen Reich und Arm öffnet sich immer weiter statt sich zu schliessen: 1960 erzielte weltweit das reichste Fünftel der Menschen ein Pro Kopf-Einkommen, das 30 mal höher lag als dasjenige des ärmsten Fünftels; im Jahr 2000 war es schon 80 mal so viel. Eine ähnlich ungleiche Verteilung des Wohlstandes gibt es auch innerhalb der einzelnen Länder.
- Der Kapitalismus führte zu einer Machtballung in den Händen von transnational tätigen Unternehmen: Die 500 grössten multinationalen Konzerne kontrollieren über die Hälfte des Welt-Bruttosozialprodukts. Zu den 100 grössten Wirtschaftseinheiten zählen mehr Konzerne (51) als Staaten (49).

- Der globalisierte Kapitalismus führt zu einer Regulierung der Politik durch die Wirtschaft statt dass die demokratische Politik die Wirtschaft regulieren würde. Die Staaten verlieren an Macht, die Demokratie an Boden, das private Streben nach maximalem Profit drängt das Streben nach Gemeinwohl in die Defensive; die Privatisierung öffentlicher Güter wird vorangetrieben. Die autoritäre Wirtschaft gefährdet die politische Demokratie.
- Die kapitalistische Wirtschaft steht im Widerspruch zum fundamentalen Recht auf Arbeit. Die Zahl der Menschen ohne Arbeit oder in prekären Arbeitsverhältnissen ist riesig – sogar in den westlichen Ländern. Wie menschenfeindlich diese Wirtschaftsordnung ist, zeigt sich am Mechanismus ihrer zentralen Institution, der Börse. Sie quittiert Massenentlassungen mit Kurssprüngen: Die Aktionäre freuen sich, wenn lohnabhängige Menschen ihre Stelle verlieren.

### **Den Kapitalismus überwinden – aber wie?**

Kapitalismus heisst: Die Produktionsmittel sind in privatem Besitz. Die Verfügungsgewalt über sie leitet sich ausschliesslich aus dem Kapitalbesitz ab. Das zentrale Ziel wirtschaftlicher Tätigkeit ist die Profitmaximierung. Auf sie sind die Unternehmensentscheide ausgerichtet, ihr werden alle anderen Ziele untergeordnet.

Den Kapitalismus überwinden heisst daher:

- Das Privateigentum an den Produktionsmitteln durch gemeinschaftliches Eigentum ersetzen (staatliches Eigentum, genossenschaftliches Eigentum, Besitz durch Betriebsangehörige u.a.m.).
- Den Produktionsfaktor Arbeit dem Produktionsfaktor Kapital voranstellen und die aus dem Kapitalbesitz abgeleitete Wirtschaftsmacht ersetzen durch die aus Arbeit abgeleitete.
- Die Profitmaximierung als Ziel wirtschaftlicher Tätigkeit ersetzen durch Ziele, die am Gemeinwohl, an den Interessen der Mitarbeitenden, an der gesellschaftlichen Lebensqualität und an der Nachhaltigkeit orientiert sind.

Wer den Kapitalismus überwinden will, stellt sich nicht in Gegensatz zu denen, die ihn lediglich zähmen oder steuern wollen. Beides sind legitime Formen von sozialdemokratischer Politik. Es gibt hier kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als auch. Sozialdemokratische Ordnungspolitik war bisher in erster Linie darauf ausgerichtet, dem Kapitalismus durch politisch gesetzte Leitplanken soziale Gerechtigkeit, Lebensqualität, Umweltschutz, Demokratie und Frieden abzurufen. Diese Aufgabe wird uns bleiben, denn es gibt systemimmanent noch viel zu tun. Mit der „Überwindung des Kapitalismus“ setzen wir uns das zusätzliche strategische Ziel „Wirtschaftsdemokratie“ und eröffnen damit ein

neues politisches Aktionsfeld mit systemverändernder Perspektive und weiterem zeitlichem Horizont.

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist als politischer Prozess zu verstehen und zu praktizieren, der im Hier und Heute ansetzt und evolutionär voran getrieben werden kann. Demokratisierung der Wirtschaft ist das Gegenmodell zur neoliberalen Marktgläubigkeit: Statt Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche meint sie die Demokratisierung aller demokratisierbaren. Dazu gibt es schon in der existierenden Gesellschaft bedeutsame Vorleistungen, an die angeknüpft werden kann.

### ***Herausforderungen***

1. Service public: Relevante Bereiche und Betriebe der Volkswirtschaft sind ausserhalb der kapitalistischen Logik angesiedelt. Sie haben nicht überrissene Renditeerwartungen von Investoren zu erfüllen, sondern einen staatlich definierten Grundversorgungsauftrag. Das gilt etwa für Unternehmen in den Bereichen Infrastruktur (Eisenbahn, Post, Stromwirtschaft), Kommunikation (Telekommunikation, Radio und TV) und Versicherungen (obligatorische Unfall- und Krankenversicherung). Diese Unternehmen sind entweder in gemeinschaftlichem Eigentum oder via Gesetze und Leistungsaufträge unter demokratischer Kontrolle. Eine wirtschaftsdemokratisierende Politik, die auf die Überwindung des Kapitalismus aus ist, verteidigt den Service public, passt ihn der dynamischen gesellschaftlichen Entwicklung an und versucht, ihn auf weitere geeignete Bereiche auszudehnen.
2. Genossenschaften: Die Genossenschaft ist auf betrieblicher Ebene das Gegenmodell zur Aktiengesellschaft. Sie gründet auf dem demokratischen Grundsatz „ein Mensch, eine Stimme“, während die AG auf dem kapitalistischen Grundsatz „ein Anteilschein, eine Stimme“ basiert und einen demokratischen Anspruch schon gar nicht erhebt. Genossenschaften haben in der Schweiz eine uralte Tradition im bäuerlichen Bereich mit Ablegern bis in die Gegenwart hinein. Auch die sozialistische Arbeiterbewegung hat eine grosse genossenschaftliche Tradition, insbesondere in den Bereichen Konsum und Wohnungsbau mit Ablegern in die Gegenwart hinein. Im wichtigen volkswirtschaftlichen Sektor Detailhandel spielen genossenschaftlich organisierte Unternehmen eine dominante Rolle (Coop, Migros, Volg), im Finanzwesen (Raiffeisen-Bank, Mobiliar-Versicherung) und im Wohnungswesen eine bedeutende, im Verkehr (Mobility) eine innovative. Auch ausserhalb der Schweiz gibt es relevante genossenschaftliche Unternehmen: Die meisten europäischen Lebensversicherungen sind Genossenschaften, und besonders eindrucksvoll ist der spanische Genossenschaftsverband „Mondragòn“, ein multinationaler Industriekonzern und siebtgrösstes Unternehmen des

Landes. Genossenschaften sind formell demokratisch organisiert. Sie sind nicht an der Börse kotiert und damit den hier herrschenden Mechanismen, insbesondere der Profitmaximierungs-Logik, entzogen. Der genossenschaftliche Bereich der Volkswirtschaft ist ausbaufähig und prinzipiell geeignet, einen wachsenden Beitrag zur Überwindung des Kapitalismus zu liefern.

3. Mitbestimmung: Die Mitbestimmung der Belegschaften auf Unternehmensebene ist ebenfalls ein geeignetes Instrument zur Demokratisierung der Wirtschaft, weil sie einen Teil der Macht im Betrieb den Besitzenden entzieht und auf die Arbeitenden überträgt. Mitbestimmung gibt es in der Schweiz nicht; wir kennen nur die schwächste Form der Beteiligung der Belegschaften am innerbetrieblichen Entscheidungsprozess, die Mitwirkung. Etwas weiter geht die Europäische Union. Sie schreibt den internationalen Konzernen mit Sitz in einem EU-Land Euro-Betriebsräte vor und verpflichtet den Verwaltungsrat, sie in Fällen Massenentlassungen, Betriebsschliessungen oder Auslagerung von Arbeitsplätzen zu informieren und zu konsultieren. Noch ein Schritt weiter ist Deutschland. Es regelt in seinem Betriebsverfassungsgesetz die echte, wenn auch nicht paritätische Mitbestimmung der Betriebsräte. Die Belegschaft ist im Verwaltungsrat vertreten und hat damit nicht nur Einsicht in alle Informationen, sondern nimmt auch Einfluss auf die strategischen Entscheidungen. Die Mitbestimmung, verstanden als Teilnahme der Arbeitenden an den wichtigen Entscheidungen ihrer Firma, gibt es in der Schweiz noch nicht. Wir sehen es als unsere Aufgabe und diejenige der Gewerkschaften an, dafür zu sorgen.
4. Von der AG zur MAG: Die Idee einer „Mitarbeitergesellschaft“ (MAG) stammt vom tschechischen Reformpolitiker und Ökonomen Ota Sik. Das private Eigentum an einer Firma soll schrittweise durch den Aufbau von gemeinschaftlichem Eigentum durch die Belegschaft ergänzt und schliesslich ersetzt werden. Das gemeinschaftliche Kapital entsteht durch die Umwandlung von erwirtschafteten Gewinnanteilen in Aktienkapital, wobei dieses aber nicht in Form von Anteilscheinen den Mitarbeitenden ausgehändigt wird, sondern im kollektiven Besitz der jeweiligen Belegschaft verbleibt, die darüber demokratisch verfügt. Es gibt also keine aussenstehende Mitbesitzende, sondern nur solche, die mitarbeiten.
5. Pensionskassen: Den Pensionskassen verwalten die Spargelder der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie legen riesige Vermögen auf den Kapitalmärkten an. In den Stiftungsräten der Pensionskassen sind die Arbeitnehmenden paritätisch vertreten. Sie verfügen damit über ein bisher noch nie da gewesenes wirtschaftliche Machtpotenzial, denn Pensionskassen können sich mittels Beteiligung an Aktienkapital Einfluss auf die strategischen Entscheidungen von Unternehmen verschaffen. Ob damit ein wirtschaftsdemokratischer Gewinn erzielt werden kann, ist allerdings eine offene Frage. Das Interesse der Pensionskassen an

möglichst hohen Kapitalrenditen steht ihrem Engagement für andere Ziele betriebliche Ziele wie etwa die Erhaltung von Arbeitsplätzen im Wege. Es müssten also Mittel und Wege erst noch gefunden werden, um das Machtpotenzial der Arbeitnehmenden für eine wirtschaftsdemokratische Strategie fruchtbar machen zu können.

6. Verstaatlichung: Die Überführung von privaten Kapitalgesellschaften in staatliches Eigentum ist eine taugliche, allenfalls notwendige Form von Wirtschaftsdemokratie. Sie ist auch in der Schweiz nicht ohne historische Vorbilder (z. B. Eisenbahnen) und bleibt eine Option für die Zukunft. Das gilt auch für die Neugründung von staatlichen Unternehmen, wie sie in der Vergangenheit ebenfalls schon vorgekommen sind (z.B. Elektrizitätswerke, Kantonalkassen).
7. Die Demokratisierung der Wirtschaft kann im nationalstaatlichen Rahmen vorangetrieben werden; im Zeitalter der Globalisierung wird aber der internationale Rahmen immer wichtiger. Die strategischen Ansatzpunkte und Handlungsfelder bleiben allerdings dieselben: Staatliche Regulierung von massgebenden Märkten, transnationale Etablierung von Service public statt transnationale Privatisierung, Demokratisierung von internationalen staatlichen Gremien mit wirtschaftslenkenden Funktionen (WTO, IWF, Weltbank, ILO), Mitbestimmung auf Unternehmensebene in multinationalen Konzernen, Umstellung von multinationalen Konzernen von Privateigentum auf Gemeineigentum.

Wir wollen nicht den Boden unter den Füßen verlieren, aber auch nicht die Vision aus dem Auge. Die Wirtschaftsdemokratie ist eine andere Ordnung als der Kapitalismus, und zwar eine, die bereits geerdet ist und schon Wurzeln geschlagen hat. Sie ist dennoch ein in ferner Zukunft liegender Zustand, den wir uns heute noch nicht in allen Formen und Mechanismen vorstellen können. Sie wird das Ergebnis von vielfältigen politischen Prozessen sein. Sie haben schon vor langer Zeit begonnen, aber es gibt keine automatische Fortsetzung. Es ist möglich, dass sie stocken oder sogar in die Defensive gedrängt werden und Terrain verlieren.

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist eine sozialdemokratische Strategie der Systemveränderung und wird deshalb auf den allergrössten Widerstand jener Kreise stossen, die Wirtschaftsmacht abgeben müssten. Ob der Prozess weiter geht, hängt zunächst von uns selber ab, denn niemand sonst wird wirtschaftsdemokratische Projekte auf die politische Tagesordnung setzen. Wir müssen das schon selber tun. Wir wollen es tun. Danach hängt es davon ab, ob es uns gelingt, Entscheide in dieser Richtung zu bewirken. Das wiederum hat zu tun mit unserer politischen Durchsetzungsfähigkeit, mit der Qualität der wirtschaftsdemokratischen Projekte, mit der Überzeugungskraft unserer Ideen und Argumente.

Wir wissen es und viele andere wissen es auch: Der Kapitalismus hat das Versprechen der bürgerlichen Revolution nach Freiheit, Gleichheit und Solidarität nicht eingelöst. Er hat seine Chance gehabt, er hat sie verpasst. Die Ziele waren gut, der Weg war es nicht. Also müssen wir einen anderen Weg suchen. Wir stellen hier den Wegweiser. Er zeigt Richtung Wirtschaftsdemokratie und hoffen, dass sich Viele mit uns auf den Weg machen.